



Beauftragter der Bundesregierung
gegen Antiziganismus und für
das Leben der Sinti und Roma
in Deutschland

Presseerklärung

Berlin, 31. Mai 2024

Landesweit Angriffe auf die Erinnerung an den Völkermord an Sinti und Roma Daimagüler vermisst gesellschaftlichen Aufschrei gegen Attacken auf Sinti und Roma

Unbekannte haben in der Nacht auf den 29. Mai in Flensburg eine Stele zur Erinnerung an die deportierten und ermordeten Sinti und Roma herausgerissen. Ein Mahnmal in Neumünster wird durch das regelmäßige und gezielte Ablegen von Sperrmüll immer wieder geschändet. Dagegen haben Selbstorganisationen am 25. Mai demonstriert. In Rheinland-Pfalz wurden Wahlplakate eines Kandidaten aus der Community mit rassistischen Schmähungen beschmiert, die in der Aufforderung gipfelten, ihn und seine Familie in Auschwitz zu ermorden. Das ist die Bilanz von wenigen Tagen in Deutschland.

Am 2. August dieses Jahres jährt sich die Ermordung der letzten Sinti und Roma in Auschwitz-Birkenau zum 80. Mal. Der Bundestag hatte die Bundesregierung im Dezember aufgefordert, den Jahrestag würdig zu begehen und die Erinnerung insgesamt zu stärken. „Vor diesem Hintergrund ist es besonders erschreckend, dass sich Angriffe auf das Gedenken an den Völkermord häufen“ stellt Mehmet Daimagüler fest.

„In Anbrecht dieser Angriffe auf die Erinnerung und somit auf alle Sinti und Roma frage ich mich, wo der gesellschaftliche Aufschrei bleibt. Mangelt es uns an Wissen oder an Anstand oder an beidem? Wenn wir es mit den politischen Appellen für ein würdiges Gedenken ernst meinen und wenn wir wollen, dass Sinti und Roma sich in dieser Gesellschaft sicher fühlen, müssen wir klare Kante zeigen. Die Polizei muss ihren Job machen, die Politik muss ihren Bekenntnissen Taten folgen lassen und die Gesellschaft zeigen, dass sie nicht nur von Werten spricht, sondern diese auch solidarisch zu leben weiß. Wenn dies alles nicht geschieht, verkümmert jedes Erinnern an den Völkermord zum hohlen Ritual. Erinnern ohne Verantwortung für das Hier und Heute ist bloß politische PR“, so Daimagüler weiter.

Pressekontakt (Nicht zur Veröffentlichung): Tobias v. Borcke (Referent des Beauftragten), Tel. 0160 968 200 28